

18.10.2007

Schlupflöcher für Piratenfischer

Quelle: WWF



Zwei chinesische Piraten-Fischerboote laden ihren gefrorenen Fang auf hoher See auf einen panamesischen Frachter um.

Foto: Pierre Gleizes / Greenpeace

Der WWF kritisiert den heute in Brüssel vorgestellten Plan der EU-Kommission zum Kampf gegen Piratenfischerei. Die Kommission will den europäischen Markt für den Import von illegal gefangenem Fisch schließen. Die Namen überführter Fischtrawler sollen auf schwarzen Listen veröffentlicht werden. Sie dürfen dann keine EU-Häfen mehr anlaufen. Zudem soll ein System zur Kennzeichnung illegaler Ware erstellt werden. „Die Richtung stimmt. Doch es bleiben zu viele Schlupflöcher für Piratenfischer“, so WWF-Fischereiexpertin Karoline Schacht.

Der WWF bemängelt, dass sich der EU-Vorschlag nur auf den Fischimport bezieht. Die europäischen Gewässer bleiben außen vor. „Europa ist keine Insel

der Glückseligen. Auch bei uns gibt es kriminelle Praktiken, die enorme wirtschaftliche, ökologische und soziale Schäden anrichten“, erläutert Schacht. So fangen manche Länder 50 bis 100 Prozent mehr Ostsee-Dorsch als erlaubt. Nach aktuellen Angaben des WWF hat Frankreich bis Mitte August über 10.000 Tonnen Roten Tunfisch aus dem Mittelmeer und dem Atlantik angelandet und liegt damit 80 Prozent über der Fangquote. Der Wert der globalen Piratenfischerei wird auf vier bis neun Milliarden US-Dollar geschätzt. „Auch in deutschen Supermärkten landet beispielsweise Kabeljau aus kriminellen Quellen.

Der WWF kritisiert zudem, dass die EU den Nationalstaaten die Kontrolle des importierten Fisches überlassen will. „Das ist so nicht praktikabel“, erklärt Schacht. Der WWF fordert daher ein lückenloses System zur Rückverfolgung aller Fische und Fischprodukte vom Fangschiff bis zur Kühltheke.

Die EU-Kommission kündigte heute weiterhin an, die zerstörerische Fischerei mit Bodenschleppnetzen auf Hoher See einzuschränken. Diese Schleppnetze rasieren mit ihren tonnenschweren Ketten und Stahlplatten Seeberge und Korallenriffe. Mit ihrem Vorschlag will die EU eine UN-Resolution zum Verbot der Schleppnetzfisherei in ökologisch wertvollen Meeresgebieten umsetzen. Allerdings gilt die jetzt vorgestellte EU-Regelung zunächst nur für einige Gebiete im Südatlantik.

„Das Verbot greift zu kurz. Noch immer zerstören Schleppnetze auch in europäischen Gewässern wertvolle Lebensräume“, kritisiert der WWF-Experte für Meeresschutz, Stephan Lutter. Mancherorts seien schon bis 30 bis 50 Prozent der Kaltwasserkorallen verloren. Der WWF fordert eine vollständige Umsetzung der UN-Resolution.